

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

beim Thema Breitband erleben wir, wie eine bittere Medizin wirkt. Bitter, weil es für einen Liberalen nicht einfach ist, einem öffentlichen Unternehmen zuzustimmen, das ein Feld beackert, auf dem eigentlich die Wirtschaft gefordert ist. Bitter ist das aber auch, weil wir die Erkenntnis, dass ein Fast-Monopol der Sache nicht gut tut, nicht erst gestern gewonnen haben. Seit 2014 vermerkt der Breitbandatlas nur noch minimale Zuwächse bei den Leitungen und Leitungsgeschwindigkeiten. Seit 2014 beackern wir als FDP-Regionalfraktion innerhalb des Verbandes dieses Feld. Und ja nicht nur wir. Sagen wir mal so, die Geschwindigkeit des Verbandes dieses Thema voranzubringen war nicht gerade berauschend.

Ich zitiere mal aus unserem Antrag vom Oktober 2014: Da ging es um die Frage „... welche Zuständigkeiten und Optionen der Verband Region Stuttgart im Bereich der Breitbandversorgung hat. Hier interessiert insbesondere, ob der Verband im Sinne einer Nachfragebündelung beim Glasfaserausbau potenter gegenüber den Anbietern auftreten kann als die Kommunen, die sich in Zweckverbänden aufstellen ...“ Heute, fast auf den Tag genau vier Jahre später, wissen wir's: Doch, es sieht durchaus so aus, dass der Verband im Sinne einer

Nachfragebündelung potenter auftreten kann, als die Kommunen.

Kaum treten wir gemeinsam auf, taucht die Telekom wieder aus der selbstgewählten Versenkung des marktbeherrschenden Anbieters auf. Und zwar mit dem klaren Ziel, den Markt weiter zu beherrschen: „Telekom und 179 Städte investieren 1,5 Milliarden Euro“ stand dazu in den Stuttgarter Nachrichten zu lesen. „Die Telekom will dazu 1,1 Milliarden Euro investieren; von der gesamten Region werden 500 Millionen Euro erwartet, die auch als Sachleistung, etwa Leitungen oder Leerrohre, erbracht werden kann“, berichtete die Esslinger. 30 Prozent aus der kommunalen Kasse ist ein ordentlicher Batzen, den wir wieder einspielen müssen.

Und gut, 100 Millionen Euro hin oder her, können bei solchen Ankündigungen schon mal vorkommen. Denn mehr als eine Ankündigung ist das bis jetzt nicht, wie unserer schon leicht angestaubten heutigen Sitzungsvorlage vom 28.06.2018 zu entnehmen ist, die die Unterzeichnung einer Kooperationsabsichtserklärung (LOI) Anfang Juli 2018 ankündigte. Was wir ja inzwischen hinter uns haben.

Letter of Intent, wie das neudeutsch heißt, heißt eigentlich aber gar nichts. Es ist eine Absichtserklärung. Ich tippe mal darauf, dass wir hier sogar nur einen sogenannten „weichen LOI“ vor

uns haben. Der reicht für großes Ballyhoo in der Presse. Bis Herbst soll daraus ein Kooperationsvertrag werden. Wenn wir den sehen, glauben wir's. Bis dahin bleiben wir ein wenig skeptisch. Denn es gibt da eine Methode, die in der Datenbranche weit verbreitet ist: Immer wenn die Konkurrenz zu mächtig wird, kündige etwas Neues an. Dann passiert gar nichts, weil die kleineren Wettbewerber wieder in Deckung gehen.

Deswegen findet es auch mach wie vor unsere Zustimmung, dass sich die Region, Landkreise und Kommunen in einer GmbH gemeinsam aufstellen. Wir können auch deswegen zustimmen, weil die Kommunikationsunternehmen in der Vergangenheit auf breiter Front versagt haben und weil wir, wie 2016 in unserem Haushaltsantrag festgestellt, „Breitband und hohe Datengeschwindigkeit ... aus Sicht der FDP-Regionalfraktion Aufgaben sind, die zur Daseinsvorsorge gehören. Der Weg, dafür eine eigene Gesellschaft zu gründen, ist richtig, weil er die Möglichkeit einer späteren Privatisierung offen lässt.“ Wir erinnern uns, damals war auch noch von einer Anstalt öffentlichen Rechtes die Rede. Gut, dass dieses Thema fallengelassen worden ist.

Wir haben damals zwar für den Haushalt 2017 eine halbe Million Euro beantragt, um die neue Gesellschaft entsprechend aufzustellen, denn der Konzern, dem wir da Paroli bieten

müssen, ist ja keine kleine Klitsche. Und 500 Millionen Investitionen sind auch kein Pappenstein. Aber wenn der Verband Region Stuttgart meint, er kommt mit einer 50.000- und-einen- Euro-GmbH hin, dann lassen wir uns gerne überzeugen.

Was wir von dieser GmbH erwarten lässt sich in vier einfachen Punkten sagen

1. Abschluss eines verbindlichen Vertrages.
2. Einbindung aller Partner, die bereits Vorbildliches geleistet haben. Denn es ist ja nicht so, dass wir in der Region bei null anfangen. Für die Stadtwerke, die sich bereits engagiert haben, aber auch für andere Unternehmen, ist eine passende Lösung zu finden.
3. Mehr Tempo - ein Zeitplan und ein Businessplanentwurf bis zum Jahresende sind das Mindeste.
4. Mindestens einen alljährlichen Bericht über den Stand der Entwicklung.

Die neue GmbH hat eine schwere Aufgabe: Sie muss Monopolstrukturen vermeiden. Sie muss die Telekom antreiben. Sie muss die kleinen und mittleren Anbieter schützen, die bereits in Datenangebote und -strukturen investiert haben.

Vor allem aber muss sie dafür sorgen, dass auch Geld an die GmbH fließt und diese kein Zuschussbetrieb wird, der der Telekom als Melkkuh willkommen ist: Sie soll sich durch Dienstleistungen finanzieren, über Investitionen und durch entstehende Durchleitungsentgelte für die Benutzung der von ihr erstellten Netze zur Finanzierung beitragen, war mal die Geschäftsidee. 2016 haben wir gesagt „Die Einzelheiten ergeben sich aus dem Businessplan, der Voraussetzung für die Gründung ist“.

Jetzt beschließen wir die Gründung, aber haben keinen Businessplan als Vorlage. Wir fordern die Verwaltung auf, den schnellstmöglich nachzuliefern. Vertrauen ist gut. Aber wissen, was eigentlich der Plan ist, ist besser.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.